

Telekom Abschluss erreicht

In der Tarifeinbarung bei der Deutschen Telekom AG und der Telekom Deutschland haben ver.di und die Arbeitgeber eine Einigung erzielt. Die Einkommen steigen in zwei Schritten je nach Entgeltgruppe um fünf beziehungsweise um 4,6 Prozent. Besonders stark werden die unteren Entgeltgruppen von dem Tarifabschluss profitieren. Zusätzlich wurden betriebsbedingte Kündigungen bis zum 31. Januar 2016 ausgeschlossen. Von der Einigung werden insgesamt 72000 Tarifangestellte und Auszubildende erfasst.

Mehr als 50 000 Telekom-Beschäftigte hatten in den Wochen vor dem Abschluss mit Streiks den ver.di-Forderungen den notwendigen Rückenwind gegeben. „Die Tarifvereinbarung bei der Telekom setzt mit der Verbindung von materiellen Verbesserungen – insbesondere für die unteren Einkommensbereiche – und der gleichzeitigen Absicherung der Arbeitsplätze Maßstäbe. Mit dem Abschluss wird eine deutliche Reallohnsteigerung für alle Beschäftigten realisiert. Ohne den Einsatz der Kolleg/-innen, die mit Aktionen und Warnstreiks für ihre Forderungen gekämpft haben, wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen“, betonte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Lothar Schröder.

Die Gehälter der Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen, die die Mehrheit der Tarifangestellten bilden, werden rückwirkend zum 1. April 2014 um 2,9 Prozent angehoben, Beschäftigte in den höheren Entgeltgruppen erhalten zum gleichen Zeitpunkt 2,5 Prozent mehr. In einem zweiten Erhöhungsschritt zum 1. Februar 2015 erhalten alle Tarifangestellten einheitlich 2,1 Prozent mehr Geld. Für die Beschäftigten der VCS wurde eine Erhöhung



Foto: Stephanie Mueller

der Einkommen in zwei Schritten von insgesamt 3,8 bis 4,2 Prozent vereinbart.

Für Beschäftigte mit Variablen konnte mehr Sicherheit erreicht werden. Dieser variable Gehaltsanteil wurde teilweise für mehrere Monate verzögert ausgezahlt. Mit der jetzt vereinbarten Neuregelung erhalten sie eine monatliche, feste Zahlung in Höhe von 1/12 der gesicherten Jahres-Variablen, die auch nicht zurückgefordert werden kann. Der variable Gehaltsanteil von Beschäftigten der DTKS, DTTS, DTT und der TDG wird zu 80 Prozent in einen Festbetrag umgewandelt. Beschäftigte der DTAG und der RSS werden künftig 50 Prozent der Variablen als monatlichen Festbetrag erhalten. Damit wird das monatlich verfügbare, sichere Einkommen dieser Beschäftigten deutlich erhöht.

Auszubildende und Dual Studierende erhalten 35 Euro ab 1. April 2014 und noch einmal 25 Euro ab 1. Februar 2015. Zudem wird für sie die Unterhaltsbeihilfe zum 1. April 2014 um 13,88 Prozent angehoben! Die Tarifeinigung läuft bis zum 31. Januar 2016. Bis dahin sind auch betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Am 14. April hat sich die Große Tarifkommission des Bundesfachbereiches TK/IT mit dem am 9. April erzielten Verhandlungsergebnis befasst und einstimmig die Annahme beschlossen. Damit ist die Tarifrunde für die DTAG und das Deutschlandsegment abgeschlossen.

Ausführliches Tarifinfo mit Beispielrechnungen <http://tk-it.verdi.de>

Inhalt

Mitbestimmung	
Deutscher Betriebsräte-Preis	Seite 2
Kommentar	
Bemerkenswert	Seite 3
Hauptversammlung Deutsche Telekom AG	
Belegschaftsaktionäre: Stimmrecht nutzen	Seite 3
T-Systems	
Arbeitgeber blockieren Verhandlungen	Seite 4
Zukunftssichere Alternative für Beamte	Seite 4
Beamte	
Sie werden beim Zoll gebraucht	Seite 5
Personalrecht	Seite 5
Innovationen	
Nicht ohne Gute Arbeit!	Seiten 6/7
Kabel Deutschland	
Zukunft gestalten	Seite 8
Mitgliederservice	
Walzer, Kaffeehaus und Nostalgie in Wien	Seite 8
T-Mobile USA	
Wir machen weiter	Seite 9
Jugend	
Qualität in der Ausbildung	Seite 10
Auszubildende haben gewählt	Seite 11
Europawahlen	
Die Weichen stellt Straßburg	Seite 12

Berlin: Senioren Charlottenburg/Spandau: 28. April und 26. Mai, 18 Uhr, „Zur Sorgenpause“, Krowelstraße 7, 13581 Berlin; 29. Juni, Dampferfahrt mit Frühstück auf der „MS Heiterkeit“, Anmeldung bis 17. Mai bei Ute Oldach, Kosten ca. 10 Euro; 12. Mai, Spaziergang mit „Tom“ durch die Mitte Berlins, Treffpunkt 11 Uhr an der Weltuhr, Anmeldung bis 8. Mai bei Ute Oldach, Tel. 030/372 63 50.

Braunschweig/Salzgitter: Senioren OV FB 9+10: Info-Nachmittag jeden letzten Dienstag im Monat, 15 Uhr, Vereinsgaststätte „Rote Wiese“, Braunschweig, Kontakt: Rainer Klose, Tel. 053 31/2424.

Bremen: Senioren OV FB 9/10: Treff jeden 1. Dienstag im Monat, 16 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofsplatz.

Dieburg: BeG Senioren Post/Telekom: 5. Juni, 18 Uhr, Stammtisch, „Zum Barren“, Jahnstraße 2, Münster, Thema: „Aktuelles aus PBeaK“.

Frankfurt/Main: BeG Senioren Post/Telekom: Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat, 15 Uhr und Skatstammtisch jeden zweiten Montag im Monat, 16 Uhr, „Affentorschänke“, Neuer Wall 9.

Fürth: BeG Fürth, FB 9/10: Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat, 14 Uhr, Pfarrzentrum St. Heinrich, „Heinrichsklausur“, Sonnenstraße 21. In den ungeraden Monaten finden Vorträge statt.

Hamburg: BeG Senioren Hamburg: Sprechstunde jeden 1. Mittwoch im Monat von 10–12 Uhr, Gewerkschaftshaus HH, Besenbinderhof 60, Tel. 040/28584093, Internet: <https://tk-it-nord.verdi.de/personengruppen/senioren>

Heidelberg: BeG Senioren FB 9: jeden 2. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Gaststätte „Löwenkeller“, Rohrbacher Straße 92.

Heilbronn: BeG Senioren FB 9, 10: Seniorentreff, 3. Donnerstag im Monat, 14 Uhr, „Wirtshaus am Pfühlpark“, Schlizstraße 78.

Kaiserslautern: Senioren FB 9/10: Jeden 1. Mittwoch im Monat, 15.30 Uhr, Treffen Gaststätte „Licht Luft“, Entersweilerstraße 51, Kaiserslautern.

Kassel: BeG Senioren Post/Telekom: 15. Mai, Treffen mit unseren Fuldarer Kollegen, Treffpunkt: 10 Uhr, Busparkplatz Theater, Besuch des Naturkundemuseums, Mittagseinkehr Gaststätte „Riverside“ am Auedamm; 17. Juni, Besuch der Landesgartenschau in Gießen, Fahrt mit dem Hessenticket, Kosten pro Person 6,40 Euro plus Eintritt, Treffpunkt 8.45 Uhr am Querbahnsteig.

Lübeck: BeG der DT TS Nord, FB 9, Bereich Lübeck: Treff jeden 1. Mittwoch im Monat, 16.30 Uhr, Fackenburg Allee 31, Raum V153.

Mitgliederversammlung

Eschwege: BeG Senioren Werra-Meißner, FB 9/10: 13. Mai, 14 Uhr, Informationsveranstaltung und Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen, Gaststätte „Rost“, An der B27, Eschwege/Niddawitzhausen.

Münster: ver.di BzFb 9 Münsterland: 12. Juni, 16 Uhr, TRYP Kongresshotel Münster, Albersloher Weg 28, 48155 Münster.

Deutscher Betriebsräte-Preis

Noch bis zum 30. April 2014 können sich einzelne Betriebsratsmitglieder, komplette Gremien oder auch betriebsübergreifende BR-Kooperationen für den „Deutschen Betriebsräte-Preis“ bewerben. Der Preis würdigt engagierte Betriebsratsarbeit unabhängig von Branche, Betriebsgröße und Gewerkschaftszugehörigkeit. Eingereicht werden können Initiativen und Projekte aus den Jahren 2012 bis 2014, die zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen, zum Erhalt oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Bewältigung von Krisen im Betrieb führen oder geführt haben. Umsetzbarkeit und Übertragbarkeit der durchgeführten Projekte sind ebenso wie die konkreten Auswirkungen auf den betrieblichen Alltag wichtige Kriterien für die Bewertung der einzelnen Arbeiten.

Eine Jury mit Vertretern aus Gewerkschaften, der Praxis und Wissenschaft trifft die Entscheidung über die eingereichten Bewerbungen. Die feierliche Preisverleihung erfolgt im Rahmen des „Deutschen Betriebsräte-Tages“ Ende Oktober 2014 im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn.

Der „Deutsche Betriebsräte-Preis“ ist nicht mit einem Geldbetrag dotiert. Im Vordergrund stehen die offizielle Ehrung der Preisträger, die Würdigung der Leistungen aller Teilnehmer und die Dokumentation und Veröffentlichung der Projekte.

Für die Teilnahme am „Deutschen Betriebsräte-Preis 2014“ genügt eine Kurzbewerbung mit den wesentlichen Informationen zum Inhalt des konkreten Projektes.

Der „Deutsche Betriebsräte-Preis“ ist eine Initiative der Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“ und wird bereits zum sechsten Mal in Folge vergeben. Ausführliche Informationen, Bewerbungsunterlagen und Kontaktadressen unter www.dbrp.de.

Teilnehmer können sich noch bis zum 30. April 2014 bewerben.

Bemerkenswert

Foto: Kay Hirschelmann



Die Streikenden haben unserer Verhandlungskommission den Rücken gestärkt und den Weg freigemacht für einen Tarifabschluss, der deutliche Reallohnsteigerungen erlaubt, die unteren Monatseinkommen weit überproportional anhebt und den Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen

bringt. Erstmals seit Jahren konnte im Segment Deutschland damit ein Verhandlungsergebnis ohne Zuziehung eines externen Schlichters erzielt werden.

Das Bemerkenswerteste am Angebot, das die Verhandlungskommission zur Annahme empfiehlt, ist aber die Veränderung der Auszahlung der Variablen: Nachdem die Beschäftigten ihre variablen Lohnbestandteile bisher zum überwiegenden Teil Monate zeitverzögert erhalten haben, wird der größte Teil der Variablen künftig monatlich ausbezahlt. Ein Callcenter-Agent in der Eingangsgruppierung als Nachwuchskraft im Kundenservice hat damit und unter Einreichung des Tarifergebnisses mehr als 270 Euro mehr im Monat im Geldbeutel.

Unser Tarifengagement hat sich gelohnt und eine ver.di-Mitgliedschaft lohnt sich auch für die Beamt/-innen.

Wir haben im öffentlichen Dienst ein Tarifergebnis erstritten, das wirkungsgleich auf Beamt/-innen übertragen werden soll und den vorhandenen Nachholbedarf befriedigt. Das kommt auch den Beamt/-innen bei der Telekom zugute.

Während im öffentlichen Dienst für Tarifbeschäftigte eine Mindesterhöhung von 90 Euro im Monat verabredet wurde, gibt es bei der Telekom zum Beispiel für Nachwuchskräfte des Kundenservices in der untersten Lohngruppe mindestens 99 Euro. Und das zu einer Zeit, in der die Inflationsraten sinken und damit alle Beschäftigten erwarten können, deutlich höhere Reallohne zu haben. Die Reallohne steigen damit in wichtigen Sektoren unserer Wirtschaft. Das wird Kaufkraft entfalten, die wiederum Beschäftigung hervorbringt.

Lothar Schröder

Hauptversammlung Deutsche Telekom AG

Belegschaftsaktionäre: Stimmrechte nutzen

Am 15. Mai findet die nächste Hauptversammlung für die Aktionäre der Deutschen Telekom AG in der Kölner Lanxess-Arena statt. Alle Aktionär/-innen sind eingeladen. Jede/r Teilnehmer/-in hat die Möglichkeit, sich auf der Hauptversammlung zu Wort zu melden und sich so bei Vorstand, Aufsichtsrat und allen Anwesenden Gehör zu verschaffen. Wer nicht hingehen wird, der sollte seine Stimmrechte auf Kolleg/-innen übertragen.

Auch in diesem Jahr werden ehrenamtliche ver.di-Vertreter/-innen der DTAG wieder zur Verfügung stehen, die Stimmrechte ihrer Kolleg/-innen zu sammeln und gebündelt in der Hauptversammlung zu vertreten. Viele von ihnen werden sich wieder zu Wort melden, um die Belange der Beschäftigten vorzutragen.

Wie im Vorjahr besteht die Möglichkeit für die deutschen Beschäftigten, ihre Solidarität mit den amerikanischen Kolleg/-innen der T-Mobile USA zu zeigen. Ihre Belange werden durch die Betriebsrätin Kornelia Dubbel

und den amerikanischen Kollegen Josh Coleman vertreten. Josh Coleman ist wegen seines Engagements für die Anerkennung der Gewerkschaft CWA bei der T-Mobile USA, entlassen worden.

Neben Kornelia Dubbel und Josh Coleman werden noch weitere Kolleg/-innen für die Belegschaftsaktionäre verfügbar sein, auf die Stimmrechte übertragen werden können. Eine Auflistung derselben, mit den jeweiligen Adressen findet sich im Internet auf www.tk-it.verdi.de.

Stimmrechte übertragen einfach gemacht:

Bei der Einladung findet sich ein Stimmrechtsübertragungsformular. Hier ist Punkt 1b anzukreuzen und ein/e Vertreter/-in einzutragen. Abgeschlossen wird die Übertragung mit der eigenhändigen Unterschrift und die Übersendung im beigefügten Umschlag an die Agentur, die die Bearbeitung für die Telekom erledigt. Entsprechend dem oben beschriebenen Verfahren kann auch elektronisch die Stimmrechtsübertragung vorgenommen und übermittelt werden.

Durch die Registrierung zur Teilnahme am elektronischen Verfahren entfällt hier die eigenhändige Unterschrift.

Mehr dazu unter

www.tk-it.verdi.de

Impressum

KOMM Nr. 3/2014

14. Jahrgang; Herausgeber:

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bundesvorstand: Frank Bsirske; Lothar Schröder, Fachbereich TK/IT; Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Telefon: 030/69 56-0, Internet: <http://tk-it.verdi.de>

Erscheinungsweise:

8 Ausgaben pro Jahr

Redaktion:

Christoph Heil, Silke Leuckfeld

E-Mail: redaktion.komm@verdi.de

Gesamtherstellung:

alpha print medien AG, Darmstadt

Auflage: 111 000

Anzeigen und Beilagen:

PGH Media, H.-J. Hasenbank, Telefon: 061 81/93 97-28, Fax: -29, Anzeigenverwaltung: apm AG, Telefon: 061 51/86 01-0, Fax: 061 51/86 01-240

Arbeitgeber blockieren Verhandlungen!

Am 10. und 11. April wurden die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der T-Systems-Unternehmen fortgesetzt. ver.di hatte für diese Verhandlungsrunde vom Arbeitgeber ein Angebot gefordert. Dies blieb die Arbeitgeberseite jedoch schuldig. ver.di beendete daraufhin die Gespräche bis zur nächsten Verhandlungsrunde nach Ostern.

In der dritten Verhandlungsrunde wurden wieder Sondierungsgespräche aufgenommen. Dabei wurden von beiden Seiten erneut die spezifischen T-Systems-Themen aus den verschiedenen Blickwinkeln erörtert. ver.di war in die Tarifrunde mit der Forderung von 5,5 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten gegangen – ebenso wie bei der Telekom. Am 9. April, dem Vortag der dritten Verhandlungsrunde, hatte sich ver.di mit der Telekom auf ein Ergebnis geeinigt (siehe Titel). Für die Beschäftigten der Telekom

steigen die Einkommen in zwei Schritten je nach Entgeltgruppe um fünf beziehungsweise um 4,6 Prozent. Auf einen Abschluss analog zu dem der Telekom wollten sich die Arbeitgeber der T-Systems jedoch nicht einlassen.

Sicherheit gefordert

ver.di hatte erneut „Sicherheit im Umbruch“ durch eine sozialverträgliche Begleitung der aktuellen Neuausrichtung der T-Systems gefordert. Dazu gehört unter anderem die Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen. Die Arbeitgeberseite stellte dar, ein Interesse an sozialverträglichen Lösungen bei T-Systems zu haben. Bis Ende 2015 sollen bei T-Systems 4900 Stellen in Deutschland abgebaut werden. Bisher arbeiten rund 29000 Beschäftigte in Deutschland für die Geschäftskundensparte der Deutschen Telekom. ver.di hatte begleitend zu den Tarifverhandlungen zu Warnstreiks aufgerufen. In den ver-

gangenen Wochen hatten sich 50000 Beschäftigte der Telekom und ihrer Tochterunternehmen an Warnstreiks beteiligt. In Frankfurt am Main protestierten rund 300 Beschäftigte von T-Systems und Atos, gemeinsamen mit der IG Metall, gegen Betriebsschließungen und Personalabbau. Um Bewegung in die Tarifverhandlungen bei T-Systems zu bringen, hat ver.di die Beschäftigten von T-Systems zu weiteren Protestaktionen und Streiks aufgerufen.

IDS verkauft

Kurz vor der dritten Verhandlungsrunde für T-Systems wurde bekannt, dass das Tochterunternehmen IDS (Individual Desktop Systems) verkauft wurde. Neuer Eigentümer der IDS GmbH ist der Aurelius-Konzern. Deshalb muss für IDS separat verhandelt werden. Durch die Tarifverträge sind nur ver.di-Mitglieder geschützt. Für sie gelten die Tarifverträge nach dem Verkauf weiter.

Silke Leuckfeld

Zukunftssichere Alternative für Beamte

Im Rahmen der IT-Strategie des Bundes werden insgesamt 600 dauerhafte Arbeitsplätze für qualifiziertes IT-Fachpersonal beim Bund für Beamt/-innen der T-Systems angeboten. ver.di begrüßt und unterstützt dieses Angebot, auch um bundesweite Versetzungen zu vermeiden. ver.di hat finanzielle Wechselanreize für verbeamtete IT-Fachkräfte mit der Deutschen Telekom AG und der T-Systems International GmbH vereinbart.

Die Beamt/-innen erhalten eine Abfindung, wenn der Arbeitsvertrag und die Beurlaubung beendet wird. Die Abfindung beträgt für wechselwillige Beamt/-innen den Differenzbetrag zwischen 1/12tel des arbeitsvertraglich vereinbarten Jahreszielgehaltes und den monatlichen Bruttobeamtenebenzulagen zuzüglich des monatsanteiligen Sonderzahlungsanspruchs, multipliziert mit den Monaten der Restlaufzeit der aktuell genehmigten Beurlaubung. Für die Zeit der Abordnung, die einer Versetzung vorgeschaltet wird, werden zusätz-

Berechnungsbeispiel:

- ▶ 1/12tel des Jahreszielgehaltes als beurlaubter Beamter = 5000 Euro
- ▶ Monatliche Bruttobeamtenebenzulagen = 4400 Euro
- ▶ monatsanteiliger Sonderzahlungsanspruch (5 Prozent von 4400 Euro) = 220 Euro
- ▶ Restlaufzeit der Beurlaubung = 50 Monate

=> Bruttoabfindung = (5000 Euro – (4400 Euro + 220)) x 50 = **19000 Euro**

Bei der Berechnung werden mindestens 24 Monate (36 Monate in 2014) Restbeurlaubungsdauer zugrunde gelegt und mindestens 10000 Euro brutto gezahlt.

lich 100 Euro je Monat gezahlt (für Teilzeitbeschäftigte anteilig).

Für die höhere Wochenarbeitszeit (bei Bundesverwaltungen 41 Stunden) wird für jede volle Stunde bis zur Grenze von 38 Wochenarbeitsstunden ein Arbeitszeitausgleich von brutto 15 Euro, höchstens 180 Euro im Monat gezahlt.

Wird die Beamtin/der Beamte nach Abordnung (Probephase) versetzt, wird eine abschließende Prämie von einmalig brutto 10000 Euro gezahlt.

Ein Mobilitätsausgleich kann bei Abordnung nach der Konzernrichtlinie „Einsatz- und Pendlerentschädigung“ und bei Versetzung

nach dem Tarifvertrag Ratio der DTAG gezahlt werden.

Wer sich bis zum Ablauf des 16. April 2014 auf eine ausgeschriebene Stelle beworben hat, bekommt zusätzlich brutto 10000 Euro. Nach dem 16. April bis zum 15. Mai 2014 werden zusätzlich brutto 5000 Euro gezahlt. Der Arbeitgeber T-Systems ist verpflichtet, die Beamt/-innen über die vorstehenden Wechselanreize zu informieren. Die Laufzeit dieser Regelungen endet mit Ablauf des Jahres 2015.

Ausführliche Informationen:

➤ <http://tk-it.verdi.de/themen/beamtenpolitik>

Sie werden beim Zoll gebraucht!

Gravierende Steuerausfälle und ein nicht unbeträchtlicher Imageschaden drohe, warnte ver.di-Ressortkoordinator Andreas Franke, zuständig im Fachbereich TK/IT für die Beamten, gemeinsam mit ver.di-Bundesbeamtensekretär Klaus Weber. Schriftlich wandten sie sich an die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags. Hintergrund: Beamt/-innen der Deutschen Telekom waren im Jahr 2011 zu den Zollverwaltungen versetzt worden. Die Abordnungen enden in diesem Jahr. Nicht nur, dass die Beamt/-innen seit der Privatisierung der Deutschen Post zum wiederholten Mal auf neue Stellen wechseln sollen, sie werden in den Zollverwaltungen auch weiterhin dringend gebraucht.

Die Beamt/-innen bei den Zollverwaltungen müssen immer mehr und vor allem zusätzliche Aufgaben übernehmen. Sie bearbeiten unter anderem die Anträge für Steuerentlastungen bei der sogenannten Ökosteuern und für Blockheizkraftwerke. Diese Aufgaben werden meist unbemerkt von den Bürger/-innen erledigt. Doch ab 1. Juli dieses Jahres werden auch bundesweit die Kfz-Steuer von den Zollbehörden und nicht mehr von den örtlichen Finanzämtern eingezogen. Und für die neue Aufgabe stehen weniger Beamt/-innen als bei den Finanzämtern zur Verfügung: 1771 Stellen seien bundesweit dafür vorgesehen, aber 440 noch nicht besetzt, schrieb

die „Süddeutsche Zeitung“ am 10. März 2014. Bei den Finanzämtern seien es bisher 2200 gewesen.

Dabei sind die Aufgaben der Telekom-Beamt/-innen bei den Zollbehörden für den Bundeshaushalt elementar. Im Jahr 2012 konnte der Bundesfinanzminister allein durch die Kfz-Steuer 8,46 Milliarden Euro einnehmen. Umso unverständlicher, dass die Beamt/-innen abgezogen werden sollen, die sich gerade in die Materie einarbeiten. Andreas Franke und Klaus Weber wiesen in ihrem Schreiben darauf hin, dass bei den Zollbehörden langfristig ein enormer Personalbedarf vorhanden sei. Zudem wären die Telekom-Beamt/-innen dazu

befähigt, Beamtenanwärter/-innen „auf den Stellen im Bereich der Abgabenerhebung optimal einzuarbeiten, so zum Beispiel bei der Bearbeitung von Anträgen für die Steuerentlastung für das produzierende Gewerbe (Ökosteuergesetz) und von Anträgen für die Entlastung für Blockheizkraftwerke sowie auch im Bereich Kfz-Steuer“, betonten Andreas Franke und Klaus Weber.

Sie plädierten in ihrem Schreiben dafür, die Abordnungen um weitere drei Jahre zu verlängern und die dafür erforderlichen Budgetmittel freizugeben. Andreas Franke und Klaus Weber warnten: „Der nicht auszuschließende Imageschaden des Zolles könnte zudem noch schwerer wiegen, gerade wenn die nicht zeitnahe Bearbeitung der Anträge zu nicht berechtigten Steuerentlastungen und damit zu erheblichen Steuerausfällen führt. Hier geht es oft um Steuerentlastungen von mehreren 100 000 Euro bis zu mehreren Millionen Euro.“

Dies zu verhindern, sollte auch im Interesse der Mitglieder des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags sein. *Silke Leuckfeld*

Postpersonalrecht

Der neue Kommentar zum Postpersonalrecht ist da. Er greift alle Entwicklungen auf und erläutert die einzelnen Regelungen. Dabei werden auch praktische Hinweise gegeben.

Wesentliche Inhalte des Rechtskommentars sind:

- ▶ Zuweisung von Tätigkeiten,
- ▶ dienstliche Beurlaubung,
- ▶ unterwertige Beschäftigung,
- ▶ Beförderung und Beurteilungen,
- ▶ Altersteilzeit, Vorruhestand,
- ▶ Sonderzahlungen,
- ▶ Versetzung und Abordnung.

Der Kommentar ist eine wichtige Arbeitsgrundlage für Personalverantwortliche sowie Betriebsräte in den Aktiengesellschaften und bei Tochter- und Beteiligungsgesellschaften der Deutschen Telekom.

Die Autoren des Kommentars sind Dirk Lenders, Rechtsanwalt und ausgewiesener Experte im Verwaltungs- und Beamtenrecht



Foto: ver.di

sowie Klaus Weber, Bundesbeamtensekretär der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft und ebenfalls ein fachkundiger Kenner im Beamtenrecht sowie Postpersonalrecht.

Der Kommentar ist zum Preis von 49 Euro erhältlich. Bestellschein:

➤ <http://tk-it.verdi.de/themen/beamtenpolitik>

Innovationen

Nicht ohne Gute Arbeit!

Keine Zeit und zu hohe Belastung, um innovativ zu sein – dieser Trend setzt sich in den deutschen Dienstleistungsunternehmen fort. Insbesondere in der Informations- und Kommunikationstechnologie werden auch fehlende Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung als ernstes Innovationshemmnis gesehen. Das ergibt die aktuelle Umfrage zum ver.di-Innovationsbarometer.

Das ver.di-Innovationsbarometer gibt regelmäßig Auskunft über die Innovationsfähigkeit im deutschen Dienstleistungssektor mittels einer Befragung unter Aufsichts-, Betriebs- und Personalräten. An der aktuellen Umfrage, die Ende 2013 durchgeführt wurde, haben sich mehr als 1000 Mitbestimmungsträger beteiligt. Für bestimmte Branchen konnten die Ergebnisse separat ausgewiesen werden: Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), öffentliche Verwaltung, Finanzdienstleistungen sowie Krankenhäuser. In fünf Jahren sind in der IKT-Branche fast 100000 Arbeitsplätze geschaffen worden, so der Branchenverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) in einer Presseerklärung vom 9. März 2014. Nach dessen Prognose für das Wachstum des deutschen ITK-Marktes soll der Umsatz 2014 um 1,7 Prozent auf 153,4 Milliarden Euro steigen. Der Umsatz mit IT-Dienstleistungen wie Beratung und Outsourcing wächst um 3,2 Prozent auf 36,5 Milliarden Euro. Am größten ist das Wachstum im Softwarebereich, der um 5,3 Prozent auf 19 Milliarden Euro zulegen kann. Digitale Technologien seien, betont Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, „wichtige Wachstumsmultiplikatoren. Sie legen die Basis für eine Vielzahl von Innovationen im Produkt- und Dienstleistungsbereich.“ Dies alles setzt voraus, dass die IKT-Branche (selbst) innovationsfähig ist. Und tatsächlich zeigt sich anhand der Ergebnisse des ver.di-Innovationsbarometers, dass sie zu den innovativeren Dienstleistungsbranchen gehört. Die Branche liegt jedoch insgesamt nach Meinung der Befragten hinter den Finanz-

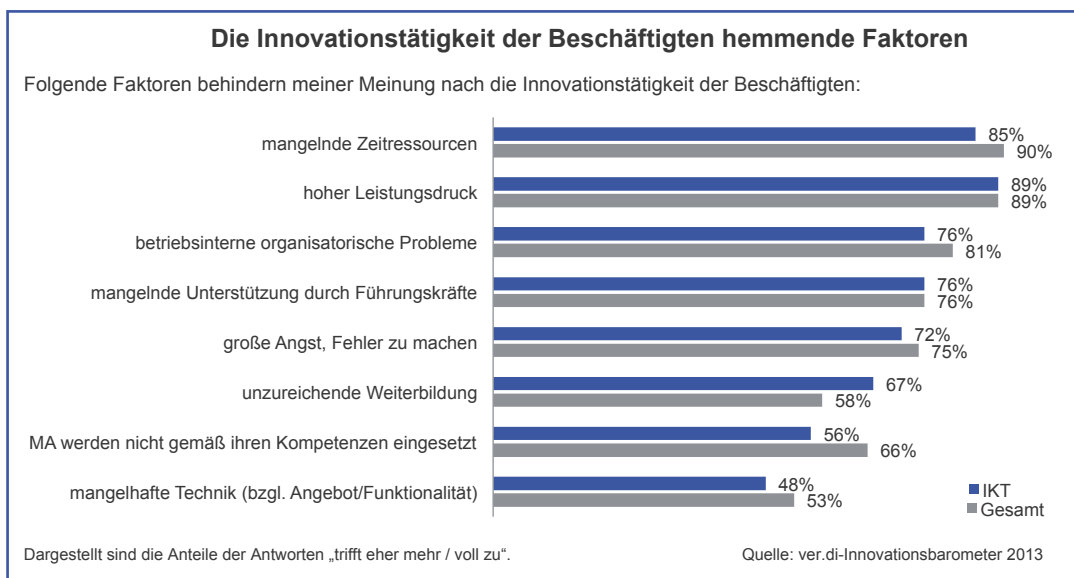


dienstleistungen, die in den vergangenen zwei Jahren sehr stark nicht nur bestehende Produkte, sondern vor allem auch Dienstleistungen und Strukturen verbesserten. Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass in der IKT-Branche noch längst nicht alle Innovationspotentiale ausgeschöpft sind. Wie ist es also um das Innovationsklima bestellt? Bereits am ver.di-Innovationsbarometer 2011 kann abgelesen werden, dass die grassierenden Fehlbeanspruchungen in der Arbeitswelt – abgesehen von den gesundheitlichen Folgen für die Beschäftigten – auch als Innovationsbremse wirken. „Keine Zeit und zu belastet, um innovativ zu sein“, so lautet eines der zentralen Ergebnisse des ver.di-Innovationsbarometers 2011. Die Befragung von 2013 zeigt: Personalabbau und Stress nehmen im Dienstleistungssektor unvermindert zu. So geben inzwischen 64 Prozent der Befragten an, dass in ihrem Unter-

nehmen Personal abgebaut wird, während die Arbeitsmenge steigt oder gleich bleibt. 92 Prozent haben den Eindruck, dass die Arbeitsintensität in den letzten zwei Jahren stark zunahm. Dies äußert sich für 92 Prozent der Befragten der IKT-Branche darin, dass die Zahl der von gesundheitlichen Problemen Betroffenen weiter steigt. Mangelnde Zeitressourcen (90 Prozent der Befragten) und hoher Leistungsdruck (89 Prozent); die „Angst, Fehler zu machen“ (75 Prozent) sowie fehlende Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung der Beschäftigten (58 Prozent) erweisen sich als ernstes Innovationshemmnis. Letzteres wird besonders unter den Befragten aus der IKT-Branche (67 Prozent) so gesehen (Grafik).

Das Qualifizierung unzureichend stattfindet, liegt für 86 Prozent der unzufriedenen Befragten vor allem am Arbeitsdruck, der davon abhält, sich weiterzubilden. Dass keine Zeit für Qualifizierung eingeräumt wird, nennen 79 Prozent. Zudem sind 83 Prozent der Auffassung, dass die Entscheider nicht wissen, welche Maßnahmen Zukunftsperspektiven eröffnen und 76 Prozent, dass persönliche Qualifizierungsbedarfe nicht erhoben werden. In der IKT-Branche gehören zu geringe finanzielle Mittel zu den meistgenannten Ursachen (75 Prozent der Befragten) unzureichender Weiterbildung.

Das ver.di-Innovationsbarometer 2013 zeigt auch, dass das Aus- und Weiterbildungspro-



Ursache für unzureichende Weiterbildung

Diejenigen Befragten, die angaben, unzureichende Weiterbildung sei ein Innovationshemmnis, wurden anschließend nach den Ursachen gefragt.

„Die Ursache dafür, dass notwendige Weiterbildungen nicht durchgeführt wurden, liegt meiner Meinung nach darin, dass...“



Dargestellt sind die Anteile der Antworten „trifft eher mehr / voll zu“.

Quelle: ver.di-Innovationsbarometer 2013

gramm bisher noch zu wenig auf die betriebliche Innovationsstrategie ausgerichtet ist. Davon sind nämlich nur 33 Prozent der Befragten überzeugt. Inhaltlich fehlt es für 82 Prozent vor allem an der Vermittlung von Planungs- und Führungskompetenzen und für 81 Prozent von sozialer Kompetenz. Die Notwendigkeit der Qualifizierung in technischen Kenntnissen wird in der IKT-Branche im Vergleich zum Durchschnitt mit 65 Prozent deutlich höher eingeschätzt. Besorgniserregend ist auch die Einschätzung der Befragten hinsichtlich des Zugangs zu Weiterbildung: Nur 51 Prozent geben an, dass alle Beschäftigten gleichermaßen Weiterbildungsangebote in Anspruch nehmen können. Vor allem prekär Beschäftigte sowie Mitarbeiter/-innen mit ausführenden Tätigkeiten haben weniger Chancen, sich weiterzubilden. Auch ältere Beschäftigte haben nach Auffassung eines beachtlichen Teils der Befragten einen erschwerten Zugang. Dies sollte angesichts des demografischen Wandels alarmieren. Bereits in 52 Prozent der Unternehmen werden von der betrieblichen Mitbestimmung Regelungen, die allen Beschäftigten Zugang zu Weiterbildung ermöglichen, abgeschlossen. Ansonsten geben 67 Prozent der Befragten an, dass sie über das Einfordern von Informationen über das Qualifizierungsgeschehen auf die betriebliche Weiterbil-

dungsstrategie einwirken. In Zukunft ist angesichts der Ergebnisse weiteres Engagement von Mitbestimmungsträgern und ver.di gefordert. Angeknüpft werden kann an diverse Aktivitäten, wie das Schulen und Beraten der Betriebsräte, so dass sie Innovationsprozesse aktiv begleiten und die notwendige Weiterbildung für die Beschäftigten durchsetzen. Dazu zählen Projekte wie „Innovations- und Weiterbildungspartnerschaft zur Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten“ der Telekom-Service-Gesellschaften (IWP-TK). Insgesamt hat die Fähigkeit, Innovationen hervorzubringen, im Dienstleistungssektor nachgelassen. Ein systematisches Innovationsmanagement lässt sich auch 2013 in den meisten Dienstleistungsunternehmen nicht erkennen. Im Gegenteil: Es zeigen sich schlechtere Werte im Vergleich zu 2011 bei

der Mehrzahl der abgefragten Kennziffern. Beispielsweise ist die Innovationsfähigkeit noch weniger in der Unternehmensstrategie verankert, nur noch 45 Prozent der ver.di-Mitbestimmungsträger sind dieser Auffassung. Der Handlungsbedarf hat sich also verschärft. Aber: Obwohl es einerseits bei den Befragten ein großes Interesse hinsichtlich des Innovationsthemas gibt, ist andererseits ihr aktives Engagement in vielen Innovationsbereichen signifikant zurückgegangen. Das Innovationsbarometer 2013 zeigt, dass die Befragungsteilnehmer etwas skeptischer gegenüber Innovationen geworden sind. Ihre positive

(55 Prozent) ist einer etwas eher neutralen Haltung (35 Prozent) gegenüber Innovationen gewichen. Das steht vermutlich in Zusammenhang mit ihrer Einschätzung, dass Innovationen eher den Bedürfnissen von Kunden (72 Prozent), als den von Beschäftigten (22 Prozent) zugute kommen. Deutlich zeigt sich dies in der Frage der Arbeitsplatzsicherheit, die für die Beschäftigten grundlegend ist. Gerade in der IKT-Branche, an die gesamtwirtschaftlich besonders hohe Anforderungen an die Innovationsfähigkeit gestellt werden, schätzen die Befragten die Arbeitsplätze nur halb so sicher wie in der öffentlichen Verwaltung und viel geringer als im Durchschnitt (66 Prozent) ein. Dies zu verändern, Gute Arbeit als Voraussetzung für soziale Innovationen zu schaffen, ist auch die Aufgabe von Mitbestimmungsträgern und Gewerkschaft. *Nadine Müller*

Ergebnisse auf der Webseite des ver.di-Bereichs „Innovation und Gute Arbeit“

➤ <http://innotech.verdi.de/ver.di-innovationsbarometer>

sowie auf der Website der ver.di-Initiative „Gute Arbeit“:

➤ <http://www.verdi-gute-arbeit.de>

ver.di-Innovationsreader:

➤ <http://innotech.verdi.de/dienstleistungsinnovationen>

BMBF-Tagung „Dienstleistung in der digitalen Gesellschaft“ am 27./28. Mai in Berlin:

➤ <http://tinyurl.com/kk9ufq4>

ZUKUNFT GESTALTEN

VER.DI @ KABEL DEUTSCHLAND

Nach der Diskussion mit den ver.di-Mitgliedern in den Betriebsgruppen bei Kabel Deutschland wurde die Forderung zur Tarifrunde 2014 beschlossen und am 18. März 2014 an den Arbeitgeber übergeben. ver.di fordert 5,5 Prozent mehr Geld und den Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen sowie die Standortsicherung bis Ende 2018.

Neben der Entgelterhöhung wurde insbesondere im Zusammenhang mit der Übernahme der Kabel Deutschland durch Vodafone die Forderung zur Beschäftigungssicherung erhoben.

Kabel Deutschland hat in den vergangenen Jahren einige größere Restrukturierungsmaßnahmen insbesondere im Bereich Technical Operation (TO) und Kundenservice Center (KSC) durchgeführt. Dabei wurde Personal abgebaut und es gab erhebliche Eingriffe in die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten.

Bereits im vergangenen Jahr hat Vodafone im Zusammenhang mit der Übernahme der

Kabel Deutschland festgestellt, dass Synergien mit einem Einsparvolumen in dreistelliger Millionenhöhe jährlich erwartet werden. Der Preis für die Übernahme wird von Experten als hoch eingeschätzt. Um diesen hohen Preis zu rechtfertigen, braucht Vodafone weiterhin das Wachstum im Kabelgeschäft. Das Marktumfeld in der Telekommunikationsbranche wird immer schwieriger und so musste auch Kabel Deutschland Mitte letzten Jahres eine „Umsatzdelle“ feststellen und Vodafone befindet sich momentan in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation. Nach Aussagen des Deutschlandchefs von Vodafone wurde in der Vergangenheit zu wenig in das Netz und in neue Kunden investiert. Erst mittelfristig wird mit einer Erholung der Profitabilität gerechnet und auch ein Umsatzwachstum wird für das Geschäftsjahr 2014/15 noch nicht eingeplant. Mit der Investitionsoffensive „Spring“ investiert der Konzern Vodafone nun vier Milliarden Euro in Deutschland in das Netz. Allerdings sollen 600 Beschäftigte über ein Abfindungsprogramm das Unternehmen verlassen und

weitere Kostensenkungen werden nicht ausgeschlossen.

Festzustellen ist, dass Kabel Deutschland diese Phase bereits hinter sich hat und weitere Restrukturierungen und größere Kosteneinsparungen nicht notwendig sind.

Vodafone erwartet weiteres Wachstum bei Kabel Deutschland, der Vorstand der Kabel Deutschland blickt optimistisch in die Zukunft und versucht die Beschäftigten damit zu beruhigen, dass sich alle auf ihre Arbeit konzentrieren sollten, dann wären auch die Arbeitsplätze sicher.

Doch wer erwartet, dass die Kolleg/-innen mit enormen Anstrengungen wie in den vergangenen Jahren auch zur positiven Entwicklung der Kabel Deutschland beitragen, der muss ihnen die Sicherheit geben, dass sie auch morgen und übermorgen ihrer Arbeit nachgehen können.

Deshalb ist neben der Lohnerhöhung das Thema Beschäftigungssicherung zentrales Thema in den laufenden Tarifverhandlungen mit Kabel Deutschland (sie begannen nach Redaktionsschluss am 16. April 2014).

Joachim Pütz, Charly Brandl

Mitgliederservice

Walzer, Kaffeehaus und Nostalgie in Wien

Für das Freizeit-, Kultur- und Gewerkschaftstreffen in diesem Jahr hat ver.di ein besonderes „Schmankerl“ ausgesucht und lädt vom 19. bis 25. Oktober ein nach Wien. Von der klassischen Stadtführung, die auch den Besuch des typischen Kaffeehauses einschließt, über Ausflüge nach Schloss Schönbrunn, dem Prater und ins schöne Burgenland, über die Original Wiener Sisi Show, einen Abend mit Jazz, Swing, Pop & Rock sowie einem Konzertabend ist vieles dabei, das

verspricht, eine besonders schöne Reise zu werden. Für die Unterkunft sind 4-Sterne-Hotels im Raum Wien gebucht. Die Reise mit sechs Übernachtungen im Doppelzimmer ist für ver.di-Mitglieder ab 649 Euro buchbar. Das Infotelefon unseres Reisepartners Ruefa-Reisen ist unter 08 95/1 04 91 54 täglich von 8 bis 22 Uhr erreichbar (14 Cent/Minute aus dem Festnetz der Telekom).

Mehr zur Reise auch unter:

➤ www.senioren.verdi.de



Foto: Wien Tourismus

Wir machen weiter

Bezüglich des gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens des US-amerikanischen Managements der T-Mobile gibt es keine Veränderung.

Lothar Schröder, Leiter des Fachbereiches und Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, hat in einem persönlichen Schreiben an den CEO John Legere erneut seine große Besorgnis zum Umgang mit den amerikanischen Beschäftigten zum Ausdruck gebracht. Er forderte ihn auf, in einem Gespräch mit Larry Cohen, dem Präsidenten der Communications Workers of America (CWA), in einen Dialog zu treten. Er bot an, persönlich an einem Gespräch teilzunehmen. Legere antwortete umgehend und ging auf das Gesprächsangebot nicht näher ein. Er verwies darauf, die Beschäftigten seien begeistert und gerne im Unternehmen und er brauche auch keine „dritte Partei“, gemeint war die CWA, die sich einmischt. Die Unternehmensführung würde ständig mit den Mitarbeiter/-innen reden und die Beschäftigten könnten zu jeder Zeit zu den Vorgesetzten kommen, um ihre Anliegen vorzutragen.

Technik

Neben den bestehenden fünf Partnerschaften der Callcenter-Betriebe wurde eine weitere zwischen Beschäftigten aus Technik-Betrieben gebildet. In zwei Telefonkonferenzen der Beteiligten wurden die Zusammenarbeit und erste Überlegungen zu den inhaltlichen Fragen besprochen. Ein wesentlicher Punkt war, dass der in Connecticut bestehende Tarifvertrag in Kürze ausläuft. In Connecticut gibt es den derzeit einzigen Tarifvertrag im Unternehmen, der für zwölf Beschäftigte gilt. Es gibt Hinweise, dass das Unternehmen bei einer erneuten Abstimmung unter den Beschäftigten für eine Abwahl der Gewerkschaft „sorgen“ will.

Shops

Neben den bisher bestehenden zwei Partnerschaften sind weitere in der Entstehung. In der nächsten Zeit wollen deutsche und amerikanische Beschäftigte bis zu vier weitere Partnerschaften bilden. In dem Partnerschafts-Shop in New York, wo eine erfolgreiche Abstimmung für die Bildung einer Gewerkschaft stattgefunden hatte, finden derzeit Tarifverhandlungen statt.

Jugend

Wir hatten über die Facebook-Initiative junger amerikanischer und deutscher Gewerkschafter berichtet. In Kürze werden die ersten Verabredungen zwischen den jungen Gewerkschafter/-innen getroffen.

Besuch aus den USA

Im Mai wird es den Besuch einer Delegation aus dem Callcenter in Charleston geben. Die „Berliner“, Partnerbetrieb von Charleston, bereiten alles vor, um den amerikanischen „Gewerkschaftsfreunden“ interessante Informationen zu bieten.

In Kürze werden sich die an der Kampagne beteiligten Organisationen erneut treffen, um den Aktionsplan zu aktualisieren.

Eine Vielzahl von Aktivitäten steht in den nächsten Wochen und Monaten an, über die wir weiter berichten werden.

Ado Wilhelm

> Finanzielle Absicherung für den Pflegefall – auch bei Demenz
> 5 € staatlicher Zuschuss im Monat
> Keine Gesundheitsfragen

Wer sich das hier leisten kann, der kann sich auch die VPV FörderPfleger leisten

Die VPV FörderPfleger gibt es bereits ab 10 € monatlich.

Und der Staat schießt jeden Monat noch einmal 5 € dazu. Mit dieser monatlichen

Investition von mindestens 15 € können Sie 2 Stück Torte und 1 Kännchen Kaffee genießen oder Ihre gesetzliche Pflegeversicherung sinnvoll ergänzen und Ihnen und Ihrer Familie im Pflegefall finanzielle Schwierigkeiten ersparen.

VPV

Der Vorsorgeberater seit 1827



VPV FörderPfleger

Gleich ausfüllen und an uns zurücksenden oder per Fax an **07 11 / 13 91-60 01**. Sie erreichen uns auch telefonisch unter **07 11 / 13 91-62 94**.

Bitte vereinbaren Sie mit mir einen Termin.

Name/Vorname

Geb.-Datum

Straße/Hausnr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass mich die VPV zur Kontaktaufnahme zwecks eines Beratungsgesprächs zum Thema „Pflegeversicherung“ anrufen oder per E-Mail anschreiben darf. Diese Einwilligung kann jederzeit über die VPV Lebensversicherungs-AG, Kundenservice, Postfach 31 17 55, 70477 Stuttgart oder per E-Mail an: info@vpv.de widerrufen werden.

VPV VERSICHERUNGEN
Kundenservice, Postfach 31 17 55, 70477 Stuttgart

Qualität in der Ausbildung

„Qualität in der Ausbildung“ – oder kurz Qu.i.d.A nennt sich die Befragung, die die ver.di-Fachbereichsjugend im zurückliegenden Sommer durchgeführt hat, um die Ausbildung der Telekom zu analysieren und zu reflektieren. Befragt wurden rund 1500 Auszubildende des ersten und zweiten Ausbildungsjahres an allen Ausbildungsstandorten und in allen Ausbildungsberufen.

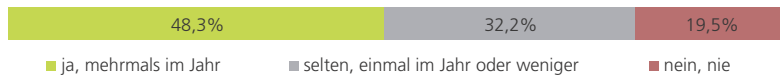
Die Deutsche Telekom hat im Jahr 2009 eine neue Ausbildungsmethode eingeführt, die seitdem sehr kontrovers diskutiert wird. Für 2013/14 war eine Evaluation des Berufspädagogischen Konzeptes (BPA) angesetzt.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass trotz Arbeitgeberpreise und Hochglanzbroschüren die Auszubildenden, betrieblichen Fachkräfte, aber auch Auszubildendenvertretungen und Betriebsräte in der Praxis erhebliche Mängel feststellen.

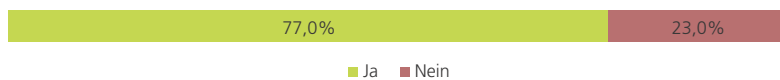
Um zu analysieren, ob die Kritik berechtigt ist, hat sich der Bundesfachbereichsjugendfachkreis entschlossen, diese Befragung durchzuführen. Darüber hinaus sollte eine Vergleichbarkeit der Ausbildung bei der

Betriebseinsatz: Unterstützung durch Ausbilder/-in

Besucht dich dein/e Ausbilder/-in im Betrieb? (n=1.461)



Reicht euch die Anzahl der Besuche aus? (n=1.423)



Gut 80% der Befragten werden von ihrer/m Ausbilder/-in mindestens einmal im Jahr besucht, knapp die Hälfte mehrmals im Jahr. Den meisten reicht die Anzahl der Besuche aus.

Quelle: QUIDA 2013

DTAG mit dem „Index Gute Ausbildung“ des DGBs hergestellt werden.

Gemeinsam haben Auszubildende, Auszubildendenvertreter/-innen und ver.di-Jugend-Vertrauensleute einen Fragebogen mit 30 Fragen rund um das BPK und die Ausbildung bei der DTAG erstellt. In einem Zeitraum von fünf Wochen ging es anschließend in die Befragung. Hierfür haben Vertrauens-

leute Auszubildende in den Pausen oder der Freizeit angesprochen und sie gebeten, den Fragebogen auszufüllen. Anschließend wurden die Fragebögen in eine Datenbank eingetragen und von einem wissenschaftlichen Institut ausgewertet.

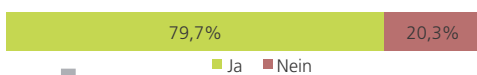
Die Ergebnisse unterstreichen viele Vermutungen und bieten eine solide Grundlage, um in den anstehenden Verhandlungen gemeinsam mit dem Arbeitgeber an verschiedenen Stellschrauben zu drehen und gewisse Punkte gänzlich zu überdenken.

Aber auch beim Thema Work-Life-Balance schneidet die Ausbildung nur mäßig ab. 36,9 Prozent der Auszubildenden geben an, neben ihrer Ausbildung selten bis nie Zeit für Erholung, Freizeitaktivitäten und Hobbys zu haben. Selbstverständliche Punkte wie das Schreiben eines Berichtshefts während der Ausbildungszeit zeigen ebenfalls erschreckende Ergebnisse: 28,5 Prozent der befragten Auszubildenden können nicht regelmäßig ihr Berichtsheft während der Ausbildungszeit schreiben.

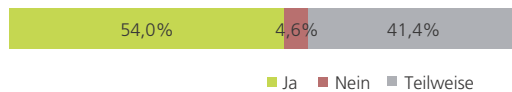
Das Ausbildungskonzept der Telekom setzt voraus, dass es von jedem/r Auszubildenden im Detail gekannt wird, um die Möglichkeiten ausschöpfen zu können und sicherzustellen, dass das System auch funktioniert. Lediglich 64,8 Prozent gaben an, dass sie das Konzept kennen. Von diesen 64,8 Pro-

Betriebseinsatz: Ausbildungsrahmenplan

Kennst du die Inhalte deines Ausbildungsrahmenplans und/oder dein Strukturmodell? (n=1.443)



... werden dir die Lerninhalte gemäß Ausbildungsrahmenplan vermittelt? (n=1.119)



Der Inhalt des Ausbildungsrahmenvertrags/Strukturmodells ist weitgehend bekannt, die Lerninhalte werden aber häufig nur teilweise oder gar nicht gemäß des Ausbildungsrahmenplans vermittelt.

Quelle: QUIDA 2013

zent haben weitere 22,6 Prozent angegeben, die Instrumente des BPK nicht verständlich vermittelt bekommen zu haben. Das lässt den Schluss zu, dass rund die Hälfte aller Auszubildenden das Ausbildungskonzept nicht kennt oder nicht verstanden hat und somit weit hinter ihren Möglichkeiten ausgebildet werden, weil ihnen die grundlegenden Werkzeuge zur selbstverantworteten Ausbildungsgestaltung fehlen. Eine weitere alarmierende Auswertung: Während 20 Prozent angeben, ihren eige-

nen Ausbildungsrahmenplan nicht zu kennen, sagen lediglich 54 Prozent derer, die ihn kennen, dass ihnen die Inhalte entsprechend vermittelt werden. Für einen Ausbildungsbetrieb dieser Größenordnung und mit diesem Anspruch ist dies absolut inakzeptabel.

Während 73,7 Prozent der Auszubildenden die Ausbildung bei der Telekom weiterempfehlen, würden nur 64,2 Prozent bei der Telekom übernommen werden wollen – auch wenn sie ein anderes Angebot hätten.

Alarmierende Zahlen, über die es sich jetzt mit der Telekom zu unterhalten gilt. Gute Ausbildung findet eben nicht nur in Hochglanzbroschüren statt, sondern muss auch in der Realität Bestand haben.

In den kommenden Tagen wird die gesamte Auswertung veröffentlicht. Dank gilt allen ver.di-Mitgliedern und Auszubildenden, die sich beteiligt, die Befragungen durchgeführt und dieses große Projekt erst möglich gemacht haben.

Oskar Michel, Sven Weiger

Bundesnetzagentur

Auszubildende haben gewählt

Am 12. März 2014 haben die Auszubildenden der Bundesnetzagentur ihre Jugend- und Auszubildendenvertretungen neu gewählt.

Insgesamt waren fünf örtliche Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV), eine Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) sowie die Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (HJAV beim BMWi) zu wählen.

In der Bundesnetzagentur hat nur ver.di für die zu wählenden Gremien Wahlvorschläge eingereicht. Folglich gab es in der Bundesnetzagentur keine Listenwahl.

Das Ergebnis von ver.di in der Bundesnetzagentur ist maßgeblich auch dafür verantwortlich, dass ver.di in der HJAV die absolute Mehrheit stellt.

Wie jede Wahl sind auch Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen an Formalien und Fristen gebunden: Aber wie im Jahr 2010 wurde in der Bundesnetzagentur auch dieses Mal wieder das Projekt „Wahlen als Grundelemente der Demokratie“ durchgeführt, mit dem Ziel, Auszubildende für die Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung zu interessieren.

So wurden schon bei der Bestellung der Wahlvorstände überwiegend Auszubildende aus den unterschiedlichsten Ausbildungsberufen berücksichtigt. Und es ist wieder gelungen, die Auszubildenden für die Wahl zur

Jugend- und Auszubildendenvertretung zu begeistern. Beleg dafür ist neben der hohen Wahlbeteiligung von 82 Prozent auch, dass ein Drittel der Wahlberechtigten für eine der Jugend- und Auszubildendenvertretungen in der Bundesnetzagentur kandidierten.

Die Aufgaben der kommenden Jahre stehen teilweise schon fest: Die Ablösung des Ausbildungsberufs „Fachangestellte für Bürokommunikation“ durch das Berufsbild „Kauffrau/-mann für Büromanagement“ muss begleitet und der neue Ausbildungsberuf in der Bundesnetzagentur integriert werden. Eine weitere Herausforderung ist die bestehende Kooperation mit dem Siemens-Ausbildungszentrum für Technik, Informationsverarbeitung und Wirtschaft. Die

Ausbildung in den modernen IT-Berufen erfolgt zeitweise bei Siemens und damit außerhalb der Bundesnetzagentur.

In den vergangenen Jahren wurde die Zahl der Ausbildungsplätze in der Bundesnetzagentur kontinuierlich erhöht. Waren es im Jahr 2007 noch 26 junge Frauen und Männer die ihre Ausbildung in der Bundesnetzagentur

gemacht haben, ist die Zahl im vergangenen Jahr auf insgesamt 42 junge Frauen und Männer in fünf Ausbildungsberufen an acht Ausbildungsstellen (in Augsburg, Berlin, Bonn, Bremen, Göttingen, Magdeburg, Mainz und Münster) gestiegen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der GJAV wird sein, dass trotz der Haushaltssituation die Ausbildungsleistung in der Bundesnetzagentur nicht reduziert wird. Außerdem steht als weiterer großer Punkt im Arbeitspaket der GJAV die Übernahme der Auszubildenden.

ver.di bietet den Jugend- und Auszubildendenvertretern Unterstützung und zahlreiche Seminar- und Fortbildungsangebote an.

Christoph Heil, Jan-Jörg Bachmann



V. l. n. r.: Andreas Weber, Robin Braun, Leoni Grammel (Vorsitzende), Jasmin Jung und Daniel Jungbluth

Foto: ver.di

Die Weichen stellt Straßburg

Die Chance direkt Einfluss zu nehmen



Foto: Patrick Pleul/dpa

Am 25. Mai finden die Europawahlen statt. Ein wichtiges Datum für die Beschäftigten in der Telekommunikation, denn auf europäischer Ebene werden die Weichen für die Zukunft der Branche – und damit auch für die Zukunft der Beschäftigten – gestellt.

Wie stark Europa inzwischen das Geschehen auch im heimischen Telekommunikationsmarkt beherrscht, zeigte sich kürzlich, als das Europäische Parlament die Abschaffung der Roaming-Gebühren beschloss. Falls die einzelnen EU-Staaten zustimmen, werden die Roaming-Gebühren bis Mitte Dezember 2015 europaweit komplett gestrichen. Auch die Netzneutralität hat das Europäische Parlament beschlossen. Allerdings müssen auch dieser Entscheidung noch die EU-Staaten zustimmen.

Allein durch diese beiden Beispiele wird deutlich, in welchem Umfang inzwischen die Spielregeln für den Telekommunikationsmarkt durch das Europäische Parlament bestimmt werden.

Der Telekommunikationsmarkt ist ein internationaler Markt. Für die Wettbewerbsfähigkeit Europas müssen flächendeckende Breitbandnetze verfügbar sein, davon hän-

gen viele Arbeitsplätze – auch in Deutschland – ab. Dafür brauchen Kommunen, Gemeinden, Städte und auch Netzbetreiber Anreize und Unterstützung. Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe sind allein in Deutschland notwendig. Europa muss den flächendeckenden Breitbandausbau fördern und finanziell sowie verwaltungstechnisch unterstützen.

Europäisches Recht

Fast 80 Prozent aller Gesetzesvorhaben haben inzwischen ihre Grundlage auf europäischer Ebene. Diese haben Vorrang vor nationalen Regelungen und nationale Gesetze müssen entsprechend angepasst werden. Dadurch nimmt die Europapolitik stetig an Bedeutung zu. Verbraucherschutz, Gesundheitspolitik, Bürgerrechte, aber auch das Arbeitsrecht sind wichtige Bereiche, die auf europäischer Ebene beschlossen werden.

„Wasser ist Menschenrecht“

Und es gibt noch viel zu tun: Unter Federführung von ver.di hatte die europäische Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ im vergangenen Jahr 1,9 Millionen Unterschriften in Europa gesammelt. Die Europäische Kommission wurde aufgefordert, das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen im Europäischen Recht zu verankern. Am 19. März hat die Kommission geantwortet. Sie erkennt die Wichtigkeit von Wasser als öffentliches Gut von grundlegendem Wert an: „Wasser ist kein kommerzielles Produkt.“ Allerdings will die Kommission keinen Gesetzesvorschlag für die Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser machen. Gemeinsam werden wir europaweit dieses Ziel auch in Zukunft hartnäckig verfolgen müssen.

Die Wahl am 25. Mai

Europa ist viel mehr als der Euro und die Rettungspakete für einzelne Staaten. Dieses Rad kann niemand mehr zurückdrehen. Populistische und rechtsgerichtete Parteien treten in dieser Wahl in vielen europäischen Ländern an. Auch in Deutschland treten Parteien an, die mit der Kritik am Euro und der Bürokratie in Brüssel Stimmen sammeln wollen. Im Februar hat das Bundesverfassungsgericht die Drei-Prozent-Hürde bei der Europawahl gekippt. Nun gilt keine Sperrklausel. Bereits ab einem Prozent der Wählerstimmen könnte eine kleine Partei einen Sitz im europäischen Parlament erringen. Wenn sich die populistischen und rechts-extremen Parteien im europäischen Parlament zusammenschließen, könnten sie nach der Wahl Entscheidungen maßgeblich beeinflussen. Gesetze und Vorhaben, die für die Beschäftigten der Telekommunikationsbranche in Deutschland wichtig sind, wie zum Beispiel das Arbeitsrecht und der Breitbandausbau, würden von ihnen mitbestimmt werden.

Verhindern können dies nur die Wählerinnen und Wähler.

Darum: Am 25. Mai wählen gehen!